Öffentliche Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Karlsruhe

Entscheidung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über den Antrag der Firma RVM Rückstandsverwertungs GmbH, Rottdamer Str. 9-11, 68219 Mannheim auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Erweiterung des bestehenden Abfallzwischenlagers durch den Anbau einer neuen Halle an die bestehende Lagerhalle mit einer Erhöhung der Lagerkapazität für Galvanik- und Metallhydroxidschlämme um 2000 Tonnen auf dem Betriebsgelände Rottdamer Str. 9-11 in Mannheim

Das Verfahren wurde mit Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 16 Abs. 1 in Verbindung mit (i.V.m.) § 10 Abs. 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) durchgeführt. Das Regierungspräsidium Karlsruhe macht den verfügenden Teil der Entscheidung sowie die Rechtsbehelfsbelehrung gemäß § 10 Abs. 7 und 8 BImSchG öffentlich bekannt:

Genehmigung vom 14.02.2018 nach Bundes-Immissionsschutzgesetz, Az.: 54.2b2-8823.12 RVM

1. Der Firma RVM Rückstandsverwertungs GmbH wird auf ihren Antrag vom 02.12.2015/22.05.2017, zuletzt ergänzt am 27.07.2017, gemäß §§ 4 und 16 Abs. 1 BImSchG in Verbindung mit den §§ 1 und 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) und der Nummer 8.12.1.1 des Anhangs 1 der 4. BImSchV die
immissionsschutzrechtliche Genehmigung
zur Änderung ihres bestehenden Abfallzwischenlagers auf ihrem Betriebsgelände Rottdamer Str. 9 -11 in 68219 Mannheim und zum Betrieb der geänderten Anlage erteilt.
 - 1.1 Die Änderung, die in Abschnitt 2 dieses Bescheides näher beschrieben ist, umfasst im Wesentlichen die Vergrößerung des bestehenden Abfallzwischenlagers durch den Anbau einer weiteren Halle an die bestehende Lagerhalle mit einer Erhöhung der Lagerkapazität für Galvanik- und Metallhydroxidschlämme um 2000 Tonnen in der neuen Halle.
 - 1.2 Der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung liegen die mit dem Dienstsiegel des Regierungspräsidiums versehenen Antragsunterlagen (1 Ordner) zugrunde. Die Anlage ist nach diesen Unterlagen zu errichten und zu betreiben, soweit in den Nebenbestimmungen dieser Genehmigung nichts anderes festgelegt ist.
 - 1.3 Die sich aus den bisherigen Genehmigungsbescheiden für die bestehende Lagerhalle (Baugenehmigung vom 12.10.2005, Az.: 20050271/63.1-RB, Baugenehmigung vom 30.04.2008, die Bestandteil der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung der Versuchsanlage zur Behandlung und Lagerung von gefährlichen Abfällen vom 30.04.2008 war, Az.: 54.2 b3-8823.35-RVM, die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 08.12.2010, Az.: 54.2b3-8823.12-RVM zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Behandlung und Lagerung gefährlicher Abfälle und gefährlicher Schlämme sowie die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 19.12.2013, Az.: 54.2b3-8823.12 RVM zur Änderung der bestehenden Abfallbehandlungs-anlage und des Abfallzwischenlagers) ergebenden Rechte und Pflichten bleiben unberührt, soweit sie nicht mit dem Inhalt dieses Bescheides im Widerspruch stehen.
 - 1.4 Dieser Bescheid ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden.
 - 1.5 Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt gemäß § 13 BImSchG die erforderliche Baugenehmigung nach den §§ 49 und 58 LBO mit ein.
Die Abweichung von der Abstandsflächenregelung des § 5 der Landesbauordnung (LBO) für das bereits errichtete Gebäude zum Grundstück mit der Flurstücksnummer 19742 wird nach § 6 Abs. 3 LBO zugelassen.
Die Baugenehmigung wird ohne Baufreigabe erteilt.
Ebenfalls eingeschlossen ist die Eignungsfeststellung nach § 63 Wasserhaushaltsgesetz für die Bodenplatte der neuen Halle.
 - 1.6 Diese Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von 2 Jahren nach Bestandskraft dieser Entscheidung mit dem Betrieb der Anlage begonnen wird.
 - 1.7 Die Inbetriebnahme der Anlage ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe spätestens einen Monat nach Inbetriebnahme schriftlich mitzuteilen.
 - 1.8 Dieser Entscheidung liegt das Merkblatt über die besten verfügbaren Techniken für Abfallbehandlungsanlagen (BVT-Merkblatt) von August 2006 zugrunde.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage bei dem Verwaltungsgericht Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 1, 76133 Karlsruhe erhoben werden.

Auslegung der Unterlagen:

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung enthält Nebenbestimmungen sowie die Begründung, aus der die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe, die zur Entscheidung geführt haben, hervor-

gehen.

Eine Ausfertigung des vollständigen Genehmigungsbescheides liegt in der Zeit vom **09.04.2018** bis einschließlich **23.04.2018** während der Dienststunden im Regierungspräsidium Karlsruhe Schlossplatz 1 - 3, Zimmer 047, EG (Eingang rechts) sowie bei der **Stadtverwaltung Mannheim, Beratungszentrum Bauen und Umwelt, Collinistraße 1, 68161 Mannheim, Erdgeschoß (Montag – Donnerstag 8:00 – 17:00 Uhr, Freitag 8:00 – 12:00 Uhr)** zur Einsichtnahme aus.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid gegenüber Dritten, die keine Einwendung erhoben haben, als zugestellt (§ 10 Abs. 8 Satz 5 BImSchG). Auf die vorstehend bekannt gemachte Rechtsbehelfsbelehrung wird verwiesen.

Karlsruhe, den **06.04.2018**

Regierungspräsidium Karlsruhe